

Zwei Jahre neue energiepolitische Ziele der CDU/SPD-Koalition – kommt der Ausbau der erneuerbaren Energien in Sachsen endlich in Schwung?

Dr. Gerd Lippold
Landtagsabgeordneter

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 48 40
Telefax: 0351 / 493 48 09

gerd.lippold@slt.sachsen.de

Dresden, den 23.02.17

1. Koalitionsvertrag: Stand der Umsetzung

In ihrem Koalitionsvertrag hatten CDU und SPD bereits 2014 vereinbart, die Ausbauziele für erneuerbare Energien (EE) an die Ziele des Bundes anzugleichen. Das hieße, statt der 2012 im alten Energie- und Klimaprogramm der CDU/FDP-Koalition vorgesehenen 28 Prozent EE-Anteil am Stromverbrauch bis 2023 nun 35-40 Prozent anzusteuern. Insbesondere die SPD hatte das stolz als einen wesentlichen Erfolg ihrer Regierungsbeteiligung verkündet. Dennoch hat Wirtschaftsminister Martin Dulig die notwendige Überarbeitung des alten CDU/FDP-Energie- und Klimaprogramms von 2012 nicht durchgesetzt. Das bedeutet, dass die Regionalplanung, die derzeit von den sächsischen Planungsverbänden fortgeschrieben wird, auch weiterhin auf Basis der ideologisch geprägten alten Ausbaubremsen erfolgt.

Eine zweite wichtige Ankündigung im Koalitionsvertrag war, den Ausbau der Windenergie in Sachsen nicht weiter zu blockieren. Tatsächlich wurde auf einen pauschalen Mindestabstand von zehnfacher Nabenhöhe (10H) in Sachsen verzichtet. Stattdessen wurde mit dem äußerst schwammigen Winderlass die politische Verantwortung für Mindestabstände auf die Ebene der Regionalplanung abgeschoben. Eine angekündigte Windpotenzial-Studie wurde bis heute nicht fertig.

2. Auf dem Weg zu Bundeszielen? Sachsen im Vergleich

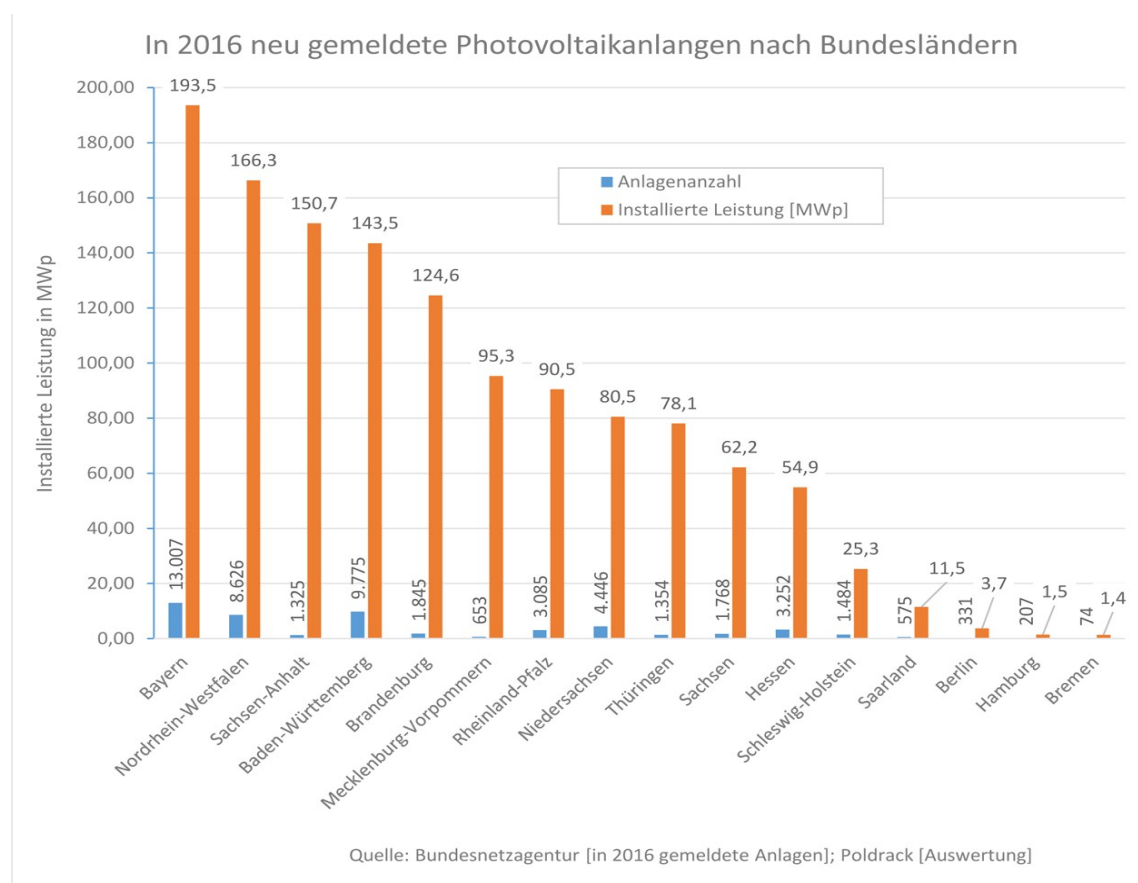
Sachsen ist auf dem Weg zu den Bundeszielen 2016 praktisch auf der Stelle getreten. Nur einen halben Prozentpunkt – auf 26,4 Prozent am (Netto-) Stromverbrauch – ist die Erzeugung von Strom aus regenerativen Quellen im Vergleich zu 2015 nach vorläufigen Zahlen vorangekommen. Das entspricht 25,9 Prozent am Brutto-Stromverbrauch. Im Vorjahr war das Wachstum gegenüber 2014 noch sechsmal so hoch und hatte drei Prozent betragen. Auch der Mini-Zuwachs um ein halbes Prozent ist bilanziell vor allem auf eine gesteigerte Stromproduktion der vorhandenen Biomasseanlagen zurückzuführen.

Bundesweit beträgt der Anteil am (Brutto-) Stromverbrauch bereits 36 Prozent (eig. Berechnung nach BMWI für 2016).

	Stromertrag in GWh aus Erneuerbaren Energien in Sachsen				
	2012	2013	2014	2015	2016 *
Wasser	239,23	314,84	194,74	236,50	280,00
PV	955,15	1.180,30	1.417,84	1.562,82	1.580,00
Wind	1.716,14	1.559,01	1.576,72	1.939,24	1.750,00
Biomasse	1.489,16	1.676,00	1.850,15	1.960,71	2.195,00
Summe	4.399,67	4.730,14	5.039,44	5.699,26	5.805,00

Tabelle 1: Stromertrag in GWh aus erneuerbaren Energien in Sachsen [* Schlegel, für 2016 nach Auswertung hochgerechnet]

Das größte Problem: in Sachsen werden im Vergleich zu anderen Flächenstaaten kaum neue Anlagen installiert. So wurden im letzten Jahr nur 62 Megawatt (MW) neue Photovoltaikkapazität aufgebaut. Das ist nur Rang 10 im Bundesvergleich. In den ostdeutschen Nachbarländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt wurde jeweils mehr als die doppelte Leistung installiert – obwohl ausgerechnet im sächsischen Freiberg einer der letzten bedeutenden, global aktiven europäischen Hersteller von PV-Anlagen ansässig ist.



Noch schlechter fällt die Bilanz bei der Windenergie aus. Weniger als ein Hundertstel der bundesweit neu installierten Leistung entstand in Sachsen - ganze neun Anlagen. Gleichzeitig wurden 14 alte Windenergieanlagen (WEA) abgebaut. Damit ist der Bestand absolut gesunken. Im etwa gleich großen, ebenfalls dicht besiedelten Rheinland-Pfalz wurde im letzten Jahr siebenmal so viel installiert und selbst im kleineren Thüringen noch fünfmal so viel. Im grün-schwarz regierten Baden-Württemberg stieg der Zubau um 140 Prozent auf 124 Anlagen.

Rang	Bundesland	Brutto - Zubau im Jahr 2016				Durchschnittliche Anlagenkonfiguration			
		Brutto - Zubau Anzahl WEA	Brutto - Zubau Leistung [MW]	Anteil am Brutto - Leistungszubau	Entwicklung gegenüber dem Vorjahr	durchschnittl. Anlagenleistung [kw]	durchschnittl. Rotordurchmesser [m]	durchschnittl. Nabenhöhe [m]	durchschnittl. spezifische Flächenleistung [W/m ²]
1	Niedersachsen	312	900,40	19,5%	118%	2.886	105	125	353
2	Schleswig-Holstein	217	651,20	14,1%	-27%	3.001	105	99	357
3	Nordrhein-Westfalen	211	564,45	12,2%	34%	2.675	104	127	328
4	Brandenburg	173	493,80	10,7%	24%	2.854	113	135	294
5	Baden-Württemberg	124	346,70	7,5%	141%	2.796	118	142	257
6	Bayern	124	339,80	7,3%	-9%	2.740	116	140	261
7	Sachsen-Anhalt	116	323,00	7,0%	22%	2.784	109	128	302
8	Hessen	112	316,70	6,8%	52%	2.828	118	142	261
9	Rheinland-Pfalz	79	235,65	5,1%	17%	2.983	113	139	301
10	Mecklenburg-Vorpommern	73	217,45	4,7%	13%	2.979	105	130	348
11	Thüringen	48	138,15	3,0%	80%	2.878	112	134	296
12	Saarland	16	42,95	0,9%	-33%	2.684	112	131	277
13	Sachsen	12 / 9 *	34,90	0,8%	-49%	2.908	110	118	333
14	Hamburg	5	13,70	0,3%	71%	2.740	105	127	321
15	Berlin	1	3,40	0,1%	-28%	3.400	104	128	400
16	Bremen	1	3,40	0,1%	-35%	3.000	115	149	289
Gesamt		1.624	4.625,25	100,0%	24%	2.848	109	128	314

(Quelle: Deutsche Windguard, Satus Wind 2016 [*auch Kleinwindanlagen, Sachsen ohne Kleinwindanlagen Brutto-Zubau: 9])

Tabelle 2: Entwicklung der Windenergie in Deutschland im Jahr 2016

Besonders besorgniserregend ist, dass Sachsen unter allen Bundesländern den mit Abstand größten Einbruch beim Ausbautempo gegenüber dem Vorjahr verzeichnen muss – und das, obwohl sich dieses bereits zuvor auf einem sehr niedrigen Niveau befand.

Dazu kommt Sachsens veralteter Anlagenbestand mit durchschnittlich 12,6 Jahren und einem hohen Anteil kleiner Anlagen unter 1 MW (40 Prozent). Alles zusammen ergibt für die Zukunft unterdurchschnittliche Erträge.

3. Neue Regionalplanung und Genehmigungspraxis?

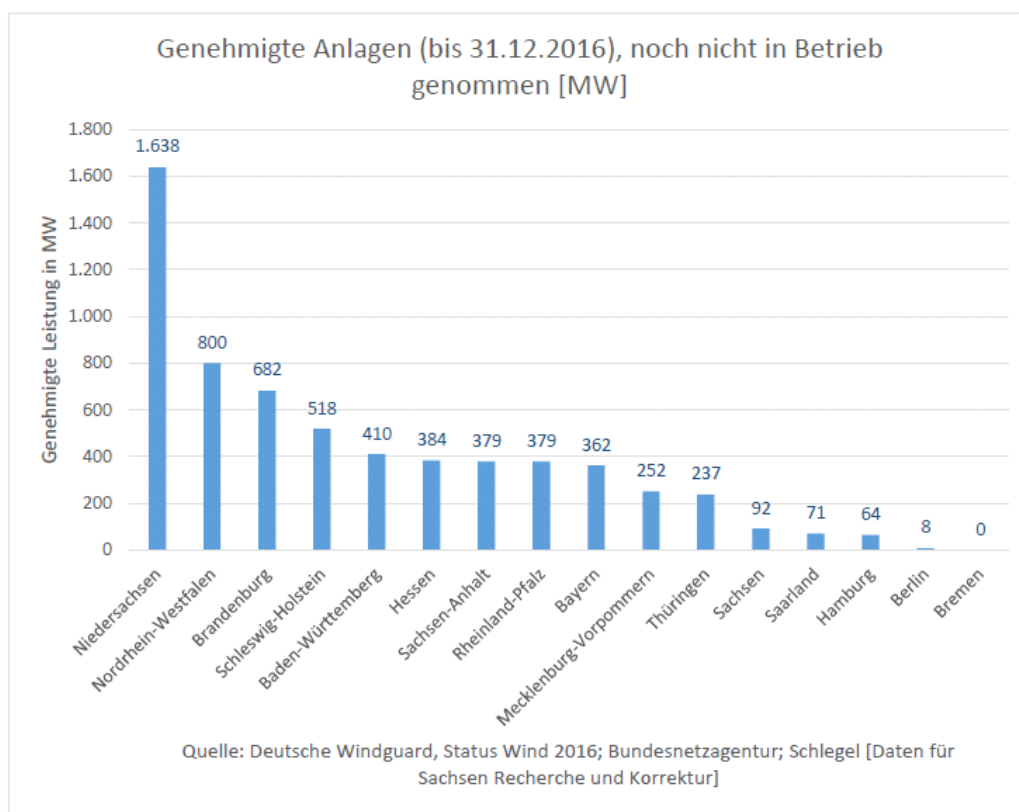
Wurde zumindest die Verhinderungsplanung und äußerst restriktive Genehmigungspraxis auf regionaler Ebene im Windbereich gelockert?

Die aktuellen Entwürfe der Regionalpläne geben keinerlei Hinweise auf Verbesserungen. Wie auch: Es fehlt die Grundlage, ein neues Energie- und Klimaprogramm. Mit dem Windenergieerlass von 2015 wurde dazu noch formuliert, bei den politisch umstrittenen Mindestabständen zur Wohnbebauung sollten die Vorgaben des bundesgesetzlichen Immissionsschutzes „erkennbar überschritten werden“. Das ist eine Einladung zu langwierigen juristischen Scharmützeln. Dazu kommt der „Ertragsprognoseerlass“ vom Sommer 2015. Danach wird die

Regionalplanung aufgefördert, Windvorranggebiete mit idealtypischen Anlagentypen mit idealtypischer Anordnung zu planen. Das führt zur Ausweisung zu kleiner Flächen.

Ist wenigstens in den nächsten Jahren deutliche und rasche Besserung in Sicht? Leider nein.

Im letzten Jahr wurden Genehmigungen für gerade einmal 92 MW Leistung in Sachsen erteilt. Angesichts des in Fahrt kommenden Ausbaus in anderen Bundesländern ist bereits jetzt klar, dass Sachsen damit auch im Jahr 2017 im Bundesvergleich weiter zurückfallen wird.



Wie sich eine grüne Regierungsbeteiligung auswirken kann, zeigen die zuvor ähnlich restriktiven Behörden in Thüringen (im Jahr 2016 Genehmigungen für 237 MW erteilt) und Baden-Württemberg, wo im vergangenen Jahr für 410 MW Genehmigungen erteilt wurden, die nun zeitnah zur Realisierung anstehen.

Die Genehmigungswege verlaufen in Sachsen im Regelfall über viele Jahre. Dadurch wird veraltete Technologie mit geringen Nabenhöhen, Rotordurchmessern und damit für heute zu geringe Stromerträge gebaut - das ist am Ende Verschwendung knapper Flächen. Schon bei der Suche der Grundstückseigentümer werden Windprojektierer unnötig behindert. Im Gegensatz zu Bauprojektierern erhalten sie in Sachsen keinen Zugang zu den Daten der Grundbuchämter.

4. Fazit: Sachsen wird von der Energiewende in Deutschland abgekoppelt

CDU und SPD waren 2014 mit einem Koalitionsvertrag gestartet, der auch ein Ende der Energiewendeblockade der letzten Legislaturperiode versprach. Die Halbzeitbilanz sieht jedoch im Realitätscheck verheerend aus. Trotz vollmundiger Ankündigungen aus dem Wirtschaftsministerium bleiben die Bremsen weiter fest angezogen. Der bundesweite Boom des Jahres 2016 beim Windenergieausbau ging an Sachsen komplett vorbei. Es wurden sogar mehr Anlagen ab- als aufgebaut. Für 2017 ist keine Besserung in Sicht. Sachsen fällt im Wettbewerb der Standorte um eine zukunftsfähige Energiewirtschaft weiter zurück. Eine Abkopplung von den wirtschaftlichen Chancen der nationalen Energiewende droht. Angesichts der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit von Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD), die Ziele aus dem Koalitionsvertrag im Energie- und Klimaprogramm des Freistaates zu verankern und damit zur Planungsgrundlage zu machen, drohen nicht nur weitere verlorene Jahre. Es droht ein verlorenes Jahrzehnt und damit angesichts des bevorstehenden schrittweisen Kohleausstieges eine Schwächung der künftigen sächsischen Rolle als Energiestandort.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Sachsen geht in allen Bereichen äußerst schleppend voran.

Auch die Photovoltaikbranche ist im Vergleich mit den Nachbarländern weiter zurückgefallen. Das schlägt sich in Bilanzen der Installationsbetriebe und der verbliebenen Industrie nieder. Bereits in den Jahren 2012 und 2013 verlor die EE-Branche in Sachsen weit mehr Arbeitsplätze (-16 Prozent gegenüber 2011) als im bundesweiten Durchschnitt (-0,14 Prozent). Den Wirtschaftsminister scheint dies nicht zu kümmern: eigene, aktuellere Zahlen sind offenbar nicht von Interesse. In einem Land, in dem jeder Arbeitsplatz in der Braunkohle – obwohl vom neuen Eigentümer LEAG nur bis 2020 zugesichert – als immer wieder hin- und hergerechnete Begründung herhalten muss, um enorme Risiken für öffentliche Haushalte, Umwelt und Gesundheit einzugehen, scheint beim Verlust tausender Arbeitsplätze in der Zukunftsbranche der erneuerbaren Energien nicht einmal die statistische Erfassung wichtig (Kleine Anfrage des Abgeordneten Gerd Lippold, Drs. 6/8008: „Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung durch Ausbau der Erneuerbaren Energien“).

Damit hat sich Sachsen von der Energiewende in Deutschland nach den ideologischen Barrieren der letzten Legislatur nun auch ökologisch und ökonomisch weiter abgekoppelt.

Grün mitregierte Bundesländer wie Thüringen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zeigen dagegen, wie wirkungsvoll Landespolitik in der Energiewende umsteuern kann. Das beweist, dass bisherige Blockaden nicht in unüberwindlichen Schwierigkeiten von Planungs- und Umsetzungsprozessen begründet liegen. Sie sind politischer Natur und können durch entschlossenes Regierungshandeln auch aufgelöst werden. In der sächsischen CDU/SPD-Koalition hat jedoch das Thema einer zukunftsfähigen Energiepolitik ganz offensichtlich keine ausreichend hohe Priorität, um wirklich als Chefsache vorangetrieben zu werden. So lebt die Blockade aus der letzten Legislatur fort und führt auch ohne 10-H-Mindestabstandsregelung in der Praxis zum Ausbremsen der Energiewende in Sachsen und zum Verlust an Investitionssicherheit trotz grundsätzlich guter Standortbedingungen.

Quellen

- VEE 2017: Stand der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien in Sachsen – Kurzstudie

https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzstudie_-_Stromerzeugung_EE_Sachsen_2002_bis_2016_-_ENDVERSION_1.0.pdf

- Drs. 6/8008, Kleine Anfrage: Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung durch Ausbau der Erneuerbaren Energien.

http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=8008&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=1&dok_id=undefined

- BMWI 2017: Strommarkt der Zukunft

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/strommarkt-der-zukunft.html>